



51/2007

Kiel, 7. Mai 2007

Vorschau auf die Landtagssitzung: Aktuelle Stunde zum Thema „Steuerentwicklung – Raum für Mehrausgaben des Landes?“

Kiel (SHL) – *Zum Auftakt der dreitägigen Landtagssitzung geht es am Mittwoch, 9. Mai 2007, um die Steuerentwicklung und mögliche Konsequenzen daraus für die Ausgabenseite des Landeshaushaltes.*

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde beantragt. Hintergrund sind die jüngst öffentlich gewordenen unterschiedlichen Positionen innerhalb der Regierungskoalition zu diesem Thema. Während Finanzminister Rainer Wiegard (CDU) den Sparkurs beibehalten wolle, stelle Innenminister Ralf Stegner ihn in Frage, so der Vorwurf der GRÜNEN. Stegner hatte in einer Rede zum Maifeiertag angeregt, mit den derzeitigen Steuer-Mehreinnahmen die vollzogenen Einschnitte bei den Landesbeschäftigten abzumildern. Wiegard wies demgegenüber vor dem Finanzausschuss des Landtages darauf hin, dass der Landeshaushalt auch bei einer gesunkenen Neuverschuldung immer noch verfassungswidrig sei. Haushaltspolitisches Ziel der schwarz-roten Koalition ist es, die Neuverschuldung bis zum Ende der Wahlperiode 2010 zu halbieren. Vor diesem Hintergrund wurden im laufenden Doppelhaushalt 2007/2008 gegenüber der mittelfristigen Finanzplanung insgesamt 600 Millionen Euro weniger eingestellt. Trotz der Sparbeschlüsse verfehlt der Haushalt die Verfassungsgrenze. Paragraph 53 der Landesverfassung schreibt vor, dass die Schuldenaufnahme die Summe der Investitionen nicht überschreiten darf. Letztere liegt jedoch in den beiden nächsten Jahren jeweils bei unter 800 Millionen.

Nächstes Thema ist der **Verfassungsschutzbericht 2006**, den die Landesregierung dem Parlament vorgelegt hat (Drs. 16/1358). Diesem Bericht des Innenministeriums zufolge treten insbesondere die **Rechtsextremisten** zunehmend selbstbewusster auf und zielen mit ihren Ideen verstärkt auf die bürgerliche Mitte der Gesellschaft. So habe es die NPD geschickt verstanden, soziale Unzufriedenheit und Politikverdrossenheit für eigene Zwecke zu nutzen. Extremistische Positionen würden

aus rein taktischen Gründen öffentlich meist verschleiert. Ein Schwerpunkt der rechtsextremistischen Agitation seien soziale Themen wie Arbeitslosigkeit oder Hartz IV. Den größten Anteil der Mitglieder im rechtsextremistischen Spektrum bildet die Subkultur-Szene mit den Skinheads. Ihr werden in Schleswig-Holstein rund 660 Personen zugerechnet. Im vergangenen Jahr wurden in Schleswig-Holstein 510 rechtsextremistische Straftaten verübt, 173 mehr als 2005, darunter 65 Gewaltdelikte, elf mehr als 2005. Die Mitgliederentwicklung der rechtsextremistischen Organisationen und Gruppierungen in Schleswig-Holstein stagniert. Insgesamt zählte der Verfassungsschutz 1.350 Personen. Die größte Gruppe mit 660 Personen bilden die gewaltbereiten Rechtsextremisten, insbesondere Skinheads. Die NPD kommt auf 240 Mitglieder, der DVU werden 300 Personen zugerechnet.

Ab 11:45 Uhr wird die Landtagssitzung unterbrochen, denn: Um 12:00 Uhr beginnt im Plenarsaal der Festakt zum Gedenken an den vor 60 Jahren ersten frei gewählten Schleswig-Holsteinischen Landtag. Hintergrundinformationen dazu finden Sie auch in der aktuellen Ausgabe der Landtagszeitschrift. Redner des Festaktes sind neben Landtagspräsident Martin Kayenburg und Ministerpräsident Peter Harry Carstensen auch der Flensburger Politikwissenschaftler Prof. Dr. Michael Ruck und Bundestagspräsident Norbert Lammert .

Am Nachmittag setzt der Landtag seine Tagung fort und diskutiert über den **Europabericht 2007**, den die Regierung vorgelegt hat (Drs. 16/1214). Einer der Schwerpunkte des Papiers sind die europapolitischen Ziele der Großen Koalition. So will Schwarz-Rot etwa die Rahmenbedingungen für maritime Wirtschaft, Forschung, Umwelt und Sicherheit im Zuge einer integrierten Europäische Meerespolitik verbessern. Basis für diese Vorhaben ist das Grünbuch der Europäischen Kommission zur Meerespolitik. Zudem setzt sich die Landesregierung für soziale und ökologische Standards innerhalb der EU ein. Der Bericht warnt vor einem Unterbietungswettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten sowie vor einem Lohn- und Preisdumping.

Anschließend geht es in Zweiter Lesung um das **Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften** (Drs. 16/1154). Zur Gesetzesvorlage aus der Landesregierung hat der Innen- und Rechtsausschuss eine einstimmige Beschlussempfehlung (Drs. 16/1369) gegeben, die einige Änderungen gegenüber der Regierungsvorlage enthält. Ein zentraler Punkt dabei: Die Briefwahl bleibt portofrei. Ursprünglich sollten nach Vorstellung des Innenministeriums die Briefwähler bei Landtags- und Kommunalwahlen im Inland das Porto künftig selbst tragen. Hierdurch erhoffte sich die Landesregierung pro Wahl eine Ersparnis von mindestens 100.000 Euro. Hiergegen hatte sich Protest geregt, unter anderem von den Fraktionen der FDP und der SPD. Nach Beschluss des Ausschusses werden die Gemeindevertretungen und Kreistage (beziehungsweise die Hauptausschüsse) auch weiter für die Besetzung der Wahlausschüsse zuständig sein. Zudem wird es künftig auch dabei bleiben, dass es einen besonderen Wahlprüfungsausschuss gibt, der die Entscheidung des Gemeinderates oder des Kreistages über die Gültigkeit der Wahl vorbereitet.

Des Weiteren beschloss der Innen- und Rechtsausschuss, dem Landtag zu empfehlen, die Zeitspanne, in der eine Landratswahl stattfinden muss, um einen Monat zu verlängern. Das soll eine flexiblere Handhabung ermöglichen, insbesondere die Zusammenlegung mit Kommunalwahlen, und dadurch eine Senkung der Kosten. Aktuell ist dies für die Landratswahl des Kreises Rendsburg-Eckernförde von Bedeutung.

Außerdem sieht der vorgelegte Gesetzentwurf vor, auf eine repräsentative Wahlstatistik zur Landtagswahl zu verzichten (Einsparung: rund 18.000 Euro). Wahlbeteiligung und Wählerverhalten sollen künftig aus den Statistiken zur Bundestags- beziehungsweise zur Europawahl entnommen werden. Weitere Änderungen: Wurden in einem Wahlkreis versehentlich Stimmzettel aus anderen Wahlkreisen ausgegeben, so soll nur noch die Erststimmen als ungültig gewertet werden, Zweitstimmen sollen gezählt werden. Ferner soll auf die förmliche Mandatsannahme verzichtet werden. Geplant ist, diese Prozedur eine Woche nach dem amtlichen Endergebnis vom Wahlleiter durchführen zu lassen. Daraus ergäbe sich laut dem Gesetzentwurf eine weitere Einsparung in Höhe von 50.000 Euro zu Beginn jeder Kommunalwahlperiode.

Nächstes Thema ist auf Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die **Dopingbekämpfung im Sport** (Drs. 16/1297). Darin regen sie für Leistungssportler eine Quote von drei Doping-Kontrollen pro Jahr außerhalb von Wettkämpfen an. Sollte diese Quote nicht erreicht werden, wird die Kürzung von Fördermitteln gefordert. Außerdem soll nach Willen der Grünen auf Packungsbeilagen von Arzneimitteln auf den möglichen Doping-Effekt hingewiesen werden. Die bandenmäßige Verbreitung von Leistung steigernden Substanzen wie auch der Betrug im Wettbewerb sollen Straftatbestände werden. Und: Bund und Länder sollen einen gemeinsamen Aktionsplan starten, der unter anderem eine Aufklärungskampagne und eine verbesserte Ausbildung von Sportlehrern in Bezug auf diese Problematik beinhalten soll.

Danach geht es auf Initiative der FDP um die **Länge der Wahlperiode für Kreistagsabgeordnete** (Drs. 16/1373). Darin fragt die Oppositionspartei die Landesregierung, ob die Wahlperiode der Kreistagsabgeordneten, die am 25. Mai 2008 gewählt werden, wie gesetzlich vorgesehen fünf Jahre dauern wird. Hintergrund ist die aktuelle Diskussion um eine mögliche Kreisgebietsreform.

Anschließend befasst sich der Landtag mit dem Antrag der **Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung**. Hierzu liegt eine einstimmige Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses vor. Demnach ist die Volksinitiative zulässig (Drs. 16/1348). Folgt das Plenum der Ausschuss-Empfehlung, so hat das Parlament vier Monate Zeit, um den Entwurf zu beraten. Die vor allem aus Dithmarschen stammenden Kreisreform-Gegner hatten Landtagspräsident Martin Kayenburg im Dezember 32.000 Unterschriften überreicht. Sie fordern, die Kreisordnung um folgenden Satz zu erweitern: „Gebietsänderungen sind nur zulässig, wenn die betroffenen Kreise einverstanden sind.“

Letztes Thema am Mittwoch ist der **Bericht des Unabhängigen Landesentrums für Datenschutz (ULD) für 2007** (Drs. 16/1250). Darin warnt das ULD vor weiteren Einschränkungen von Grundrechten im Zuge des Kampfes gegen Terrorismus und Kriminalität. Landesdatenschutzbeauftragter Dr. Thilo Weichert bemängelte bei der Vorstellung des Berichts eine „Vergeheimdienstlichung“ des Sicherheitsapparates. Würde etwa die vom Bundesinnenministerium geforderte geheime Online-Durchsuchung über so genannte Bundes-Trojaner erlaubt, so wäre dies ein schwerer Schlag gegen die Informationssicherheit. Eine solche Überwachung wäre in keiner Weise kontrollierbar.

Am **Donnerstag, 10. Mai 2007**, geht es zu Beginn auf Antrag des SSW um die **Norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation** (Drs. 16/1325). Die Partei der dänischen Minderheit fordert darin eine verbesserte Kooperation der norddeutschen Nordsee-Häfen. Eine „gemeinsame Organisationsform“ soll dabei eine „feste verbindliche Zusammenarbeit“ gewährleisten. Hierzu soll die Landesregierung mit den anderen Küstenländern Hamburg, Niedersachsen und Bremen in Kontakt treten. Der SSW verweist darauf, dass die norddeutschen Standorte auf einem globalisierten Weltmarkt keine Konkurrenten seien, sondern gemeinsame Interessen hätten.

In Erster Lesung berät der Landtag danach über ein **Nichtraucherschutzgesetz**, das die FDP-Fraktion vorgelegt hat (Drs. 16/1363). Darin fordern die Liberalen einen umfassenden Schutz in öffentlichen Gebäuden wie Krankenhäusern, Schulen und Behörden. Zur Begründung wird unter anderem darauf verwiesen, dass es in Deutschland jährlich 3.300 Todesfälle durch Passivrauchen gibt. In Gaststätten und Diskotheken aber soll das Rauchen weiterhin gestattet sein, sofern die Einrichtungen als „Rauchergaststätte“ oder „Raucherdiskotheke“ gekennzeichnet sind. Dies wird dadurch begründet, dass ein Aufenthalt in diesem Lokalen eine freie Entscheidung jedes Einzelnen sei. Der FDP-Vorschlag steht in diesem Punkt im Gegensatz zu einem Gesetzentwurf, den Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht (SPD) Ende März dem Kabinett vorgelegt hat und der sich momentan in der Regierungsanhörung befindet.

In Zweiter Lesung wird anschließend das **Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr in Schleswig-Holstein (ÖPNVG)** beraten. Der Wirtschaftsausschuss hat dem Landtag mit den Stimmen von CDU und SPD empfohlen, den Gesetzentwurf der Regierung unverändert anzunehmen (Drs. 16/1356). Das Wirtschaftsministerium will mit der Neuregelung die bisher aus vier verschiedenen Finanzierungsquellen stammenden Finanzmittel für den ÖPNV zusammenfassen und direkt an die Kreise und kreisfreien Städte geben. Durch die Bündelung der Ausgabenverantwortung auf kommunaler Ebene soll nach Angaben des Ministeriums Planungssicherheit für Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen geschaffen und ein effizienterer Einsatz der ÖPNV-Mittel erreicht werden.

Eine **Änderung des Denkmalschutzgesetzes** haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ersten Lesung in die parlamentarische Beratung eingebracht (Drs. 16/1380).

Kernpunkt ist die Umstellung der Denkmal-Registrierung vom Eintragungs- auf ein Listenverfahren. Nach dem zurzeit gültigen Landes-Denkmalenschutzgesetz von 1958 müssen schützenswerte Bauwerke in einem formalen Verwaltungsverfahren zum Kulturdenkmal erhoben werden. Häufig reichen die Eigentümer bereits während dieses Verfahrens Widerspruch oder Klage ein, weil sie Nutzungseinschränkungen fürchten. Pro Jahr werden im Lande 60 bis 100 Widerspruchsverfahren angestrengt. Die Folge: Es sind erst gut 6.000 der insgesamt etwa 15.000 bis 20.000 betroffenen Bauwerke im Lande als „Kulturdenkmal von besonderer Bedeutung“ erfasst. Diese Rechtslage hat neben den GRÜNEN auch Landeskonservator Michael Paarmann, oberster Denkmalschützer im Lande, beklagt. Dieses Problem soll das Listenverfahren beheben. Demnach werden alle Baudenkmäler in einer Liste aufgenommen, wobei der einheitliche Begriff „Kulturdenkmal“ verwendet werden soll. Zu einer vertieften Denkmalschutz-Prüfung kommt es aber erst, wenn bauliche Veränderungen geplant sind. Ein solches Verfahren gilt bereits in anderen Bundesländern.

Am **Nachmittag** geht es zunächst um den **Tätigkeitsbericht 2006 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten** (Drs. 16/1350). Die Zahl der im Jahr 2006 an die Bürgerbeauftragte gerichteten Eingaben bewegte sich demnach auf etwa gleich hohem Niveau wie im Vorjahr. Im Berichtszeitraum wurden 3.006 Eingaben bearbeitet. Die Zahl setzt sich zusammen aus 2.981 Neueingängen und 25 unerledigten Eingaben aus dem Vorjahr. Abschließend bearbeitet wurden 2.861 Eingaben. Von den erledigten zulässigen Eingaben (2.618) wurden 2.398 positiv abgeschlossen. Eine deutliche Steigerung der Eingaben gab es im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II/Hartz IV). Hier war eine Steigerung um 20 Prozent auf 1022 Eingaben zu verzeichnen. Den Schwerpunkt in diesem Bereich bildeten Fragen zur Leistungsgewährung.

Nächstes Thema ist die Forderung nach einer **aufkommensneutralen Unternehmenssteuerreform**. Der SSW fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine aufkommensneutrale Unternehmensteuerreform einzusetzen. Die Partei der dänischen Minderheit verweist zur Begründung auf die befürchteten Einnahmeverluste für die öffentlichen Haushalte im Land. Demnach müsste das Land jährlich mit rund 80 Millionen Euro weniger auskommen, die Kommunen mit 40 Millionen weniger. Dies sei angesichts der angespannten Haushaltsslage nicht zu rechtfertigen.

Den **Alkoholmissbrauch zu unterbinden**, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in einem Antrag, über den danach diskutiert wird (Drs. 16/1364). Die Landesregierung soll in der laufenden Tagung Zahlen zum Alkoholmissbrauch in Schleswig-Holstein liefern. Gefordert wird außerdem ein Konzept, wie dieses Problem künftig bekämpft werden soll. Hintergrund ist die aktuelle Debatte über das „Koma-Saufen“ bei Jugendlichen und über so genannte „Flatrate-Parties“, bei denen Lokale ihren Gästen für einen Pauschalpreis unbegrenzt Alkohol ausschenken.

Die GRÜNEN bemängeln in ihrem Antrag, dass diese Billig-Angebote „bewusst zum übermäßigen und unkontrollierten Alkoholkonsum“ verführten. Hier seien auch die Behörden gefordert, die die Vorgaben des Jugendschutzes in den Gaststätten wie

auch im Einzelhandel strenger durchsetzen müssten – etwa das Verkaufsverbot von hochprozentigem Alkohol an unter 18-Jährige. Die Oppositionsfraktion sieht hier das Land in der Pflicht, nachdem der Bereich des Gaststättenrechts im Zuge der ersten Föderalismusreform im letzten September in Länderhoheit übergegangen ist.

Danach geht es um **Electronic Government in Schleswig-Holstein**. Hierzu hat die Landesregierung auf Antrag von CDU und SPD einen Bericht vorgelegt (Drs. 16/1353). Demnach ist das E-Government aufgrund der EU-Dienstleistungsrichtlinie (EU-DLR) inzwischen eine „gemeinschaftsrechtlich vorgeschriebene Pflichtaufgabe.“ Die Umsetzungsfrist der Ende 2006 beschlossenen EU-DLR beträgt lediglich drei Jahre. Das Landeskabinett hat im März 2007 beschlossen, die Umsetzung der Richtlinie im Rahmen einer Projektstruktur vorzubereiten. Damit soll den komplexen Anforderungen Rechnung getragen werden. Es gehe darum, „eine höhere Qualität und Effizienz der Verwaltungsdienstleistungen für die Nutzer der öffentlichen Verwaltung zu erreichen.“ Insofern sei die Vernetzung der unterschiedlichen Verwaltungsebenen eine zentrale Voraussetzung für effiziente Verwaltungsstrukturen, so der Bericht.

Dem Landesnetz seien zurzeit rund 700 Landes- und Kommunalbehörden angeschlossen. Derzeit finde ein weiterer Ausbau zum Anschluss der Schulverwaltungen und des Lehrkörpers des Landes statt. Ein Kernelement sei auch die Umstellung der Verwaltung auf elektronische Registratur, Aktenführung und Vorgangsbearbeitung. Dieser Prozess wird von Dataport durch ein Servicecenter unterstützt.

Die Möglichkeiten der elektronischen Wahl jedoch wird von der Landesregierung derzeit „aus rechtlichen, technischen und aus Akzeptanzgründen“ nicht weiter verfolgt.

Auf Antrag der GRÜNEN befasst sich der Landtag anschließend mit dem Thema **CarSharing** (Drs. 16/1377). Demnach soll die Landesregierung im Bundesrat einer Änderung des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) zustimmen, die es ermöglicht, im öffentlichen Straßenraum CarSharing-Stationen anzulegen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat das Bundesverkehrsministerium inzwischen vorgelegt. Nach Angaben des CarSharing-Bundesverbandes waren im vergangenen Jahr 95 000 Deutsche als Fahrberechtigte für das Carsharing registriert – Anfang 2006 waren es 83 000. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Fahrzeuge wuchs von 2700 auf 2900. Damit teilen sich im Schnitt 33 Nutzer ein Fahrzeug. Auch die Zahl der Carsharing-Stationen nahm den Angaben nach zu: Mittlerweile stehen in 260 Städten 1450 Stationen zur Verfügung.

Ebenfalls auf Initiative der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geht es danach um die **Holzbeschaffungsrichtlinie in Schleswig-Holstein** (Drs. 16/1379). Die GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, bei der Anschaffung von Holz und Holzprodukten darauf zu achten, dass diese aus „nachhaltiger Bewirtschaftung“ stammen, und dass nur legal geschlagenes Holz verwendet wird. Im Bereich des Landes wollen die GRÜNEN nur Holz anschaffen, das nach den Regeln des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert ist. Die „Holzbeschaffungsrichtlinie“ des Landes soll sich an einer ähnlichen Vorgabe der Bundesregierung orientieren.

Am **Freitag, 11. Mai 2007**, berät der Landtag über den geplanten Bau neuer Kohlekraftwerke in Schleswig-Holstein. Hierzu liegt dem Parlament ein Antrag der Landesregierung vor, dem Verkauf eines Grundstücks in Brunsbüttel an die SüdWest-Strom Kraftwerk GmbH & Co KG (SWS) zuzustimmen. Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP empfiehlt der Finanzausschuss dem Plenum, der Regierung diese Zustimmung zu erteilen (Drs. 16/1376). Die Firma SWS will an der Elbmündung ein neues Steinkohlekraftwerk errichten. Demgegenüber fordern die Grünen das Landesparlament auf, dem Verkauf nicht zuzustimmen und sich mit Blick auf die Klimaschutz-Ziele der Bundesregierung auch gegen den Bau zweier weiterer Kohlekraftwerke im Lande auszusprechen. Neben diesem Kraftwerk sind in Schleswig-Holstein zurzeit zwei weitere Kohle-Anlagen in Planung: Ebenfalls in Brunsbüttel will der Energiekonzern Electrabel bis 2010 ein 800-Megawatt-Kraftwerk ans Netz bringen, und in Kiel planen die Stadtwerke den Ausbau des Gemeinschaftskraftwerks auf dem Ostufer auf eine Leistung von 800 Megawatt bis 2015.

Nächstes Thema ist die **Schülerbeförderung**: Die FDP fordert, die 30-prozentige Eigenbeteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten zurückzunehmen, die die schwarz-rote Koalition im Januar beschlossen hat. Entsprechend soll nach Vorstellung der Liberalen Paragraph 114, Absatz 2, des neuen Schulgesetzes geändert werden (Drs. 16/1338).

Kein australischer Giftmüll nach Brunsbüttel – unter dieser Überschrift hatte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag in den Landtag eingebracht (DRs. 16/1238). Der Umwelt- und Agrarausschuss empfiehlt nun dem Plenum mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP, den Antrag abzulehnen (Drs. 16/1308). In der Plenardebatte hierzu im Februar hatten sich die anderen Fraktionen zwar auch kritisch zu dem Vorhaben geäußert. Sie hatten aber bezweifelt, ob das Land hier Eingriffsmöglichkeiten hat, und auf das wirtschaftliche Potential von Müll-Importen für die deutsche Entsorgungsindustrie verwiesen. Hintergrund: Der australische Chemie- und Sprengstoffhersteller Orica will 22 000 Tonnen Abfälle vom fünften Kontinent, die mit dem hochgiftigen Stoff Hexachlorbenzol (HCB) belastet sind, in den kommenden Monaten nach Deutschland verbringen. Der Abfall soll zum Teil in Brunsbüttel verbrannt beziehungsweise auf Sonderdeponien in Nordrhein-Westfalen gelagert werden. Das krebserregende HCB ist seit 1981 als Pflanzenschutzmittel in Deutschland nicht mehr zugelassen und seit 2004 weltweit verboten.

Auf Antrag von CDU und SPD berichtet die Landesregierung danach über die Umsetzung der **EU-Umgebungslärmrichtlinie** im Lande (Drs. 16/1352). Der Bericht verweist darauf, dass sich in Deutschland über 60 Prozent der Bevölkerung durch Lärm belästigt fühlen, davon mehr als zehn Prozent stark oder äußerst stark. Größte Lärmquelle ist demnach der Verkehrslärm; Industrie- und Gewerbelärm treten demgegenüber als Belastungsquelle zunehmend zurück. Das Umweltministerium stellt fest, dass die Lärmproblematik in Schleswig-Holstein „nicht die gleiche herausragende Rolle“ spielt wie in Ballungsräumen. Um das Problem zu bekämpfen, schreibt die EU-Umgebungslärmrichtlinie aus dem Jahr 2002 vor, dass die Lärmbelastung

an hoch frequentierten Verkehrswegen und in Ballungsräumen mit mehr als 250 000 Einwohnern bis Mitte 2007 in so genannten Strategischen Lärmkarten erfasst werden muss. Für Ballungsräume von 100 000 bis 250 000 Einwohner sowie für weniger belastete Verkehrswege räumt die Richtlinie jeweils fünf Jahre mehr Zeit für die Erstellung ein.

Ein weiterer Regierungsbericht befasst sich mit der **Umweltbildung in Schleswig-Holstein** (Drs. 16/1354). Hierin gibt die Landesregierung einen Überblick über alle Aktivitäten der Landesregierung in diesem Bereich. Ziel sei es, entsprechend der zwischen CDU und SPD getroffenen Koalitionsvereinbarung, die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) „auf allen Ebenen auszubauen und zu fördern“.

Letztes Thema dieser Tagung ist ein Regierungsbericht zum Thema **Rente mit 67 in Schleswig-Holstein und die Umsetzung der ‚Initiative 50plus‘ auf Landesebene** (Drs. 16/1355). Hintergrund: Ab 2012 soll das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben werden, so dass ab 2030 die Jahrgänge ab 1964 erst mit 67 Jahren einen vollen Rentenanspruch erworben haben werden. Dies hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich beschlossen. Der SSW befürchtet hierdurch einen Anstieg der Altersarmut und verweist auf zurzeit rund 1,2 Millionen Menschen im Alter über 50 Jahren ohne Arbeit. Für das schleswig-holsteinische Arbeitsministerium ist die Rente mit 67 dagegen „ein unverzichtbarer Beitrag zur (...) Stabilisierung der Sozialsysteme“. Denn: Ältere Menschen seien zwar „heute vitaler und leistungsfähiger als je zuvor“, schieden aber immer früher aus dem Erwerbsleben aus. Um „ihre Potenziale in Unternehmen und Wirtschaft länger zu nutzen“ müssten also „Rahmenbedingungen“ geschaffen werden, „um eine Verlängerung der Erwerbsphase realisierbar zu machen“. Falls dabei die Maßnahmen der Initiative „50+“ nicht ausreichen, müssten „weitere Handlungsansätze in Betracht gezogen werden“. In Schleswig-Holstein ist dem Bericht zufolge die Erwerbstätigenquote der über 55-jährigen zwischen 2000 und 2005 von 42,4 auf 47,9 Prozent gestiegen. Dies sei ein Erfolg, auch wenn die von der EU angestrebte Quote von über 50 Prozent nach wie vor verfehlt wird.

Weitere Informationen liefert die Landtagspressestelle im Internet unter www.sh-landtag.de bei *plenum online*.

Kiel TV/Offener Kanal überträgt die Plenartagung live im Fernsehen.

Reihenfolge der Beratung der 22. Tagung

Hinweis: Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

| TOP | | angemeldete Redezeit | Voraussichtl. Beginn der Beratung |
|---|---|----------------------|-----------------------------------|
| Mittwoch, 9. Mai 2007 | | | |
| 1 | Aktuelle Stunde zum Thema „Steuerentwicklung - Raum für Mehrausgaben des Landes?“ | 75 | 10:00 |
| 43 | Verfassungsschutzbericht 2006 | 30 | 11:15 |
| | Unterbrechung der Sitzung | | 11:45 |
| Festakt aus Anlass des 60-jährigen Jubiläums des ersten gewählten Landtages Schleswig-Holstein | | | |
| 38 | Europabericht 2007 | 30 | 15:00 |
| 8 | Gesetz zur Änderung wahlrechtlicher Vorschriften | 35 | 15:30 |
| 15 | Dopingbekämpfung im Sport | 30 | 16:05 |
| 23 | Länge der Wahlperiode für Kreistagsabgeordnete | 30 | 16:35 |
| 32 | Antrag der Volksinitiative gegen die Zusammenlegung von Kreisen ohne deren Zustimmung | 35 | 17:05 |
| 44 | Ber.d.Unabhängigen Landesentrums für den Datenschutz 2007 | 30 | 17:40 |
| Donnerstag, 10. Mai 2007 | | | |
| 16 | Norddeutsche Nordsee-Hafenkooperation | 30 | 10:00 |
| 11 | Nichtraucherschutzgesetz | 60 | 10:30 |
| 5 | Änderung d.Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr | 35 | 11:30 |
| 12 | Änderung des Denkmalschutzgesetzes | 30 | 12:05 |
| 45 | Tätigkeitsbericht 2006 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten | 30 | 15:00 |
| 17 | Aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform | 30 | 15:30 |
| 19 | Alkoholmissbrauch unterbinden | 30 | 16:00 |
| 40 | Electronic Government in Schleswig-Holstein | 30 | 16:30 |
| 25 | CarSharing unterstützen | 30 | 17:00 |
| 27 | Holzbeschaffungsrichtlinie in Schleswig-Holstein | 30 | 17:30 |
| Freitag, 11. Mai 2007 | | | |
| 26 u. 37 | „Neubau von Kohlekraftwerken in Schlesw.-Holst. verhindern“ und „Veräußerung eines Grundstücks in Brunsbüttel“ | 65 | 10:00 |
| 10 | Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes | 30 | 11:05 |
| 29 | Kein australischer Giftmüll nach Brunsbüttel | 35 | 11:35 |
| 39 | Umsetzung der EU-Umgebungslärmrichtlinie | 30 | 12:05 |
| 41 | Umweltbildung in Schleswig-Holstein | 30 | 12:35 |
| 42 | Bericht über die Auswirkungen der Rente mit 67 in Schl.-H. und die Umsetzung der "Initiative 50plus" auf Landesebene | 30 | 13:05 |

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen.

| TOP | | Bericht- erstattung |
|------------|--|--------------------------------|
| 2 | Gesetz zum Staatsvertrag über die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen | 5 |
| 3 | Gesetz zum Abkommen über das Deutsche Institut für Bautechnik | 5 |
| 4 | Erster Medienänderungsstaatsvertrag | 5 |
| 6 | Änderung des Landesbodenschutz- und Altlastengesetzes | 5 |
| 7 | Änderung des Landesabfallwirtschaftsgesetzes | 5 |
| 9 | Änderung des Landesbesoldungsgesetzes | 5 |
| 18 | Integrativen Ansatz der europäischen Meerespolitik fördern | - |
| 20 | Umsetzung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch XII | - |
| 21 | Patientenverfügungen | - |
| 22 | EU-Dienstleistungsrichtlinie | - |
| 24 | Schulanmeldungen | - |
| 28 | a) Rat für Klimafragen b) Klimaschutz in Schleswig-Holstein c) CO ₂ -Einsparung in der Landesverwaltung | 5 |
| 30 | Kooperation von Jugendhilfe und Schule | 5 |
| 31 | Frühförderung in Schleswig-Holstein | 5 |
| 33 | Keine Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke | 5 |
| 34 | Auskunftsrechte von Bürgerinnen und Bürgern | 5 |
| 35 | Bekämpfung von politischem Extremismus und Fremdenfeindlichkeit | 5 |
| 36 | Bundesratsinitiative zur Änderung der Abgabenordnung | 5 |

Es ist beabsichtigt, die folgenden Punkte von der Tagesordnung abzusetzen:

| | |
|----|---|
| 13 | Betreuung in Schleswig-Holstein - Beratung wird für die Juni-Tagung mit einer Redezeit von insg. 60 Min. vorgesehen |
| 14 | Strafvollzug in Schleswig-Holstein - Beratung wird für die Juni-Tagung mit einer Redezeit von insg. 60 Min. vorgesehen |